

XII.

Fazit

Welche Schlussfolgerungen lassen sich nun aus der Zeitreise durch die verschiedenen Kapitel der Achtundsechzigerbewegung und ihrer Nachwirkungen ziehen? Seit Längerem hat sich in ihrer politischen Bewertung und zeithistorischen Einordnung eine Standardfigur durchgesetzt. Das am häufigsten zu hörende Ergebnis lautet, politisch sei die damalige Bewegung zwar auf der ganzen Linie gescheitert, soziokulturell jedoch habe sie, wenn auch unbeabsichtigt, im Nachhinein eine Reihe von Erfolgen gezeitigt. Diese Einschätzung erweckt aufs Erste einen plausiblen Eindruck, muss aber nach der vorliegenden Untersuchung gleichwohl als zu pauschal kritisiert und in einigen Punkten relativiert werden. Sie bedarf sowohl einer Korrektur als auch einer Präzisierung. Die Unterscheidung zwischen einer politischen und einer soziokulturellen Sphäre bleibt dabei allerdings auch weiterhin von grundlegender Bedeutung.

Die Bilanz in politischer Hinsicht ist weniger negativ als ursprünglich angenommen. Neben den Niederlagen in der Kampagne gegen die Pressepolitik des Axel Springer Verlags und beim Versuch, eine Drittelparität an den Hochschulen durchzusetzen,³⁷² sind zumindest drei Erfolge zu verzeichnen: ein bislang nur selten eingeräumter Teilerfolg in der Antinotstandsbewegung und ein fast vollständig ignoriertes Erfolg in der Bekämpfung der NPD, deren Einzug in den Bundestag im Herbst 1969 scheiterte. Daraus resultiert der dritte Erfolg, zu einer parlamentarischen Mehrheit für die Bildung einer sozialliberalen Koalition maßgeblich beigetragen und auf diese Weise innen- wie außenpolitisch eine reformorientierte Politik ermöglicht zu haben.

Als Bundespräsident Gustav Heinemann am 21. Oktober 1969 in der Villa Hammerschmidt die Ernennungsurkunde an den neuen Bundeskanzler Willy Brandt überreichte, erklärte er feierlich: »Dies ist eine Zäsur in der Geschichte Deutschlands.«³⁷³ Und der *Spiegel*, der diesen markanten Ausspruch notierte, ließ es sich in seiner nächsten Ausgabe nicht nehmen, die nötigen historischen Details nachzureichen, um die Tiefe dieses Einschnittes zu veranschaulichen. Seit Gründung der Bundesrepublik waren zwanzig Jahre vergangen, bis es ein Sozialdemokrat erstmals geschafft hatte, Regierungschef zu werden. Und mit neununddreißig Jahren lag beinahe die doppelte Zeitspanne zurück, seitdem mit Hermann Müller zum letzten Mal ein Sozialdemokrat Kanzler gewesen war. Als historische Krönung musste allerdings die Tatsache erscheinen, dass auf den Tag genau einundneunzig Jahre zuvor unter Bismarck das Sozialistengesetz – die genaue Bezeichnung lautete »Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« – verabschiedet und damit die Sozialdemokratie zum Staatsfeind erklärt worden war. Nun also, nach so vielen historischen Rückschlägen und zähen Durststrecken, führte die SPD, die während der Großen Koalition noch eine Kröte wie den Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß hatte schlucken müssen, wieder die Regierung an. Die Staatsfeinde von einst, die mit dem Godesberger Programm das Korsett einer Klassenkampforganisation abgeworfen, sich in Richtung auf die politische Mitte bewegt und als Volkspartei ein verändertes Profil gegeben hatten, waren an der Staatsspitze angelangt. Und der Mann, der sie anführte, war von der Opposition jahrelang als Vaterlandsverräter diskreditiert und geradezu verfemt worden. Wie kaum einem anderen war dem einstigen Sozialisten, der als Herbert Frahm die Nazis bekämpft hatte und nach Norwegen emigriert war, die Bedeutung des Machtwechsels klar. Am Wahlabend hatte er sich gar zu der persönlich gefärbten Formulierung hinreißen lassen: »Jetzt hat Hitler endgültig den Krieg verloren.«³⁷⁴ In diesen Worten schwang eine historische und moralische Dimension mit, die aus der sonst in Bonn gepflegten Alltagspolitik nicht zu hören war.

Dieser Machtwechsel wäre ausgeschlossen gewesen, wenn die NPD den Sprung in den Bundestag geschafft hätte. Ohne die Aktivitäten der APO wäre die Absicht der Rechtsradikalen womöglich aufgegangen und es hätte vielleicht sogar eine andere Repu-

blik gegeben. Auf jeden Fall aber wäre mit den Rechtsradikalen im Parlament die Bildung einer sozialliberalen Koalition rein numerisch ausgeschlossen gewesen. »Adolf von Thadden, der Bonn im Sturm nehmen wollte«, schrieb die *Zeit* in einem Kommentar zum Ergebnis der Bundestagswahlen, »kam nur bis Kassel ... er erlebte sein Cannae ... als einer seiner Leibwächter nach einer verbotenen Wahlkundgebung eine Mauser-Pistole zog und schoß. Seit diesem 16. September geht die Nationaldemokratische Partei Deutschlands ihrem Ende entgegen.«³⁷⁵ Auch wenn sich diese Prognose angesichts ihrer Fortexistenz und der Erfolge auf Landesebene als voreilig erwiesen hat, so verrät der Kommentar jedoch, worin der größte politische Erfolg der APO und damit der Achtundsechzigerbewegung vermutlich bestanden hat.

Die politische Entwicklung der Bundesrepublik – so lässt sich mit einem Abstand von vier Jahrzehnten konstatieren – stand 1968/69 tatsächlich auf der Kippe. Die als »Vernunfttehe« zwischen Konservativen und Sozialdemokraten angesehene Große Koalition war nur eine Zwischenstation, die eine Entscheidung, in welche Richtung es weitergehen sollte, für einen Zeitraum von knapp drei Jahren aufgehoben hatte. Die Frage war, ob sich die Waage nach links oder rechts neigen würde. Die Alternative lautete natürlich nicht: NPD oder APO. Sie lautete SPD/FDP oder CDU/CSU, Reformler oder Konservative. Es war eine Richtungsentscheidung. Als sie bei den Bundestagswahlen im September 1969 gefällt wurde, fiel sie denkbar knapp aus; sie war jedoch ausreichend, um einer anderen, einer sozialliberalen Reformpolitik den Weg zu bereiten. Dies wäre kaum denkbar gewesen ohne die Aktivitäten der Protestbewegung 1968/69, ohne die Antworten der APO auf die drohende NPD.

Die Bilanz in soziokultureller Hinsicht fällt dagegen problematischer aus als das zumeist, auch von mir selbst, angenommen worden ist. Die Chiffre »68« steht ja nicht nur für einen starken Reformimpuls, sondern zugleich auch für einen fundamentalen Angriff auf die Gesellschaft als einen Traditionszusammenhang von Identitätsmustern, Werten und Mentalitäten. Ohne den Resonanzkörper der NS-Vergangenheit hätte dieser Vorstoß gewiss keine solche Wucht gewinnen können. 1945 war das »Dritte Reich« zwar militärisch besiegt worden, die deutsche Gesellschaft

hatte jedoch als sozialer, kultureller und mentaler Zusammenhang fortexistiert. Auch wenn es nach Kriegsende eine scharfe politische Zäsur gab – es fehlte eine dementsprechende soziokulturelle Wende. Die ohnehin nur halbherzig durchgeführte Entnazifizierung betrachteten die meisten Deutschen zudem als eine bloße Zwangsmaßnahme der Besatzungsmächte. Das gesellschaftliche Nachwirken der NS-Zeit wurde in den Anfangsjahren der Bundesrepublik nicht weiter hinterfragt. Auch in den folgenden Jahren der Adenauer-Ära, die sich auf den Wiederaufbau fixiert hatte, ist dieser Wirkungszusammenhang kaum problematisiert worden. Erst unter den Intellektuellen der jüngeren Generation entstand ein Bewusstsein von den in dieser Hinsicht fragilen Grundlagen der Nachkriegsdemokratie.

Doch die Attacke auf die Traditionsbestände der Nachkriegsgesellschaft war auch mit der Infragestellung jener verkoppelt gewesen, die diesen Angriff vortrugen. Die Akteure misstrauten ihrer eigenen Innenausstattung, zweifelten an sich selbst und öffneten eine Dimension, die bis dahin in der Politik nichts zu suchen gehabt hatte und der Privatsphäre vorbehalten gewesen war. Sie machten ihre Subjektivität zum Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung. Dabei sollte nicht einmal die Intimsphäre ausgespart bleiben, jenes letzte Tabu der bürgerlichen Gesellschaft, an dem sich Freud seit der Jahrhundertwende mit der Psychoanalyse so nachhaltig abgearbeitet hatte. Der Ödipuskomplex, die frühkindliche Sexualität und die libidinöse Dimension in den persönlichen Beziehungen wurden offen thematisiert. Die Absicht, die als Repressionszusammenhang entlarvte Familie durch andere Kollektivformen zu ersetzen und auf diese Weise mit der Kernzelle der alten Gesellschaft Tabula rasa zu machen, war unverkennbar. Dabei wurden individuelle Freiheiten jedoch immer häufiger missverstanden als Freilassung einer vermeintlich ursprünglichen Natur: Einer »repressiven« Gesellschaft wurde eine »freie« Natur entgegengesetzt. Diese unfreiwillige Dialektik nicht erkannt zu haben, macht die insgeheime Tragik im aktivistischen Kernbereich der Achtundsechzigerbewegung aus.

Bereits in den Zielen, die sie in ihrer Attacke auf die bürgerliche Gesellschaft verfolgt hatte, wurde im Übergang von staatlichen und gesellschaftlichen Infrastrukturen zu persönlichen und intrapsychischen Charakterformen deutlich, dass darin neben aller Kri-

tik und Destruktion auch ein nicht unerhebliches Erneuerungspotenzial enthalten war. Im Kern ging es immer auch um die Entfesselung des Individuums, dessen Persönlichkeitssphäre als höchst eingeschränkt empfunden wurde.

Die Achtundsechzigerbewegung war trotz aller illiberalen Züge zugleich auch eine »Freiheitsrevolte« (Joschka Fischer) und darin dem von ihr als heuchlerisch denunzierten Liberalismus, wenn auch in einer radikalen, oftmals libertär-anarchistischen Form, verbunden. Das Subjekt sollte in seinem Innersten von seinen Panzerungen befreit werden und seine Bedürfnishaftigkeit in einer neuen, ursprünglichen Weise geltend machen. Erklärtes Ziel war es, die Gesellschaft auf eine neue Grundlage zu stellen.

Die experimentelle Erprobung einer neuen Kollektivität hätte allerdings keine so nachhaltigen Folgen erzeugen können, wenn sie nicht durch die Massenmedien – sei es aus voyeuristischer Neugierde oder ernsthaftem Interesse – eine so außergewöhnliche Aufmerksamkeit erfahren hätte.

Dabei standen Kommune- und Kinderladenprojekte eine Zeit lang im Zentrum des öffentlichen Interesses. Sie waren nichts anderes als Modelle zur Vergemeinschaftung, die wiederum zu Grundelementen einer Vergesellschaftung hätten werden sollen. Doch anstatt das Alltagsleben auf eine neue Basis zu stellen, kamen diese neuartigen Sozialformen nur selten über ihre Experimentalphase hinaus. Dafür waren nicht nur die Ansprüche an ihre Mitglieder zu gewaltig und die Spannungen, die im Zuge ihrer Realisierung auftraten, zu groß, sondern auch ihre rückwärtsgewandten, auf die Revitalisierung einer vermeintlich ersten Natur ausgerichteten Kräfte zu übermächtig.

Ihre gesellschaftsverändernde Rolle wurde schließlich in einer reduzierteren Form von der Wohngemeinschaft übernommen. Bei ihr stand – wie der Name bereits verriet – das gemeinsame Wohnen im Vordergrund und nicht mehr irgendein revolutionärer, mit der Einheit von politischem Kampf und Revolutionierung des Alltagslebens verknüpfter Avantgardeanspruch. Die Kampf- und Lebensgemeinschaft wick dem unverbindlichen Zusammenleben junger Leute aus zumeist studentischem Milieu, das auch mit finanziellen Vorteilen begründet wurde. Doch selbst unter dieser aufs Pragmatische reduzierten Ausgangsbedingung begannen die Wohngemeinschaften eine neue soziale Funktion wahrzunehmen.

Die jungen Leute lebten einerseits nicht mehr bei ihren Eltern, andererseits aber auch nicht vereinzelt, sondern in Kleingruppen, in denen die Alltagsaufgaben gemeinsam verabredet und arbeitsteilig erledigt wurden. Die Wohngemeinschaft breitete sich in den siebziger Jahren als eine Alternative bundesweit aus. Während es von den Kommunen in den Zentren der Studentenbewegung zunächst nur Dutzende und später höchstens Hunderte gegeben hatte, entstanden Hunderttausende an Wohngemeinschaften. Was diese der Kommune gegenüber an Radikalität verloren hatte, kompensierte sie durch ihre quantitative Dimension und ermöglichte auf diese Weise einen gesellschaftlichen Wandlungsprozess, in dem sowohl der Ehe als auch der bürgerlichen Kleinfamilie vorübergehend oder dauerhaft eine Absage erteilt wurde. Im Hinblick auf ihre soziokulturelle Funktion war sie gesellschaftlich betrachtet weitaus erfolgreicher.

...